

Auszug aus dem substanziellen Protokoll 179. Ratssitzung vom 13. Dezember 2016

Gemeinsame Behandlung der Weisung GR Nr. 2017/311, Antrag 010 und Postulat GR Nr. 2017/424

Gemeinsame Behandlung der Anträge 010. und 011. (Postulat GR Nr. 2017/424)

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Shaibal Roy (GLP) begründet den Antrag der Mehrheit und das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3532/2017): Der pauschale Antrag bezieht sich, im Gegensatz zum vorherigen Antrag, gezielt auf das Personal in der engeren Verwaltung. Nämlich in der Zentralen Verwaltung und den Stabsstellen. Wie bereits gesagt, sehen wir eine unterproportionale Fluktuation in der engeren Verwaltung. Die 6,09 % beziehen sich auf die gesamte Stadt und da liegt der höchste Anteil der Fluktuation dort, wo man die Stellen unbedingt wieder besetzen will. In einer sich entwickelnden Stadt findet ein gewisses Wachstum statt, das ist ganz normal und auch erwünscht. Doch gleichzeitig scheinen uns durch die Zentralisierung von Aufgaben nicht grosse Effizienzgewinne ersichtlich. Es gibt ein dezentrales Controlling, ein dezentrales HR-Controlling, die Stellen sind sowohl zentral wie auch in den einzelnen Dienstabteilungen besetzt. Es gibt durchaus Einheiten, bei denen man sieht, dass trotz des Wachstums nicht automatisch der sogenannte Wasserkopf mitwächst. Das ist aber keineswegs durchgehend der Fall und deshalb wollen wir dem Gesamtstadtrat den Auftrag erteilen, Effizienzgewinne innerhalb der Departemente, aber auch über die Departemente hinaus zu realisieren. Das beste und aktuellste Beispiel sind die beiden zusätzlichen Stellen beim Beschaffungswesen. An und für sich ist es genau das, was man sich in der Stadt wünscht. Ein koordiniertes Vorgehen, über alle Departemente hinweg, mit einem klaren Ziel und Auftrag für die ganze Stadt. Das Optimierungspotenzial im internen Prozess zu identifizieren, die Prozesse schlanker zu gestalten und stadtweit einheitlich zu handhaben. Dies bedeutet aber auch, nicht nur zusätzliche Stellen dafür aufzubauen, sondern auch mit bestehenden Stellen zu alimentieren. Ansonsten hat man keine internen Prozesseffizienzen geschaffen und auch keine Zentralisierung erreicht, sondern nur zusätzlich aufgebaut. Dazu gehört auch, gegen aussen als eine Verwaltung aufzutreten und sich beispielsweise mit einer besser koordinierten Einkaufskraft auf dem Markt zu zeigen. Was wir jetzt im Fall des Beschaffungswesens hoffentlich noch mit konkreten Resultaten in punkto reduzierten Ausgaben sehen werden. Im konkreten Fall des Antrags haben wir im aktuellen Budget gesehen, dass man in der Stellenausschöpfung noch gar nicht erreicht hat, was man erreichen müsste. Wir wollen mit dem Antrag nicht nur Abbau betreiben. Wir wollen nicht, dass Leute entlassen werden. Wenn man die aktuelle Stellenausschöpfung auf der Gesamtstadtratsebene anschaut, von allen zentralen Verwaltungen der neun Departemente, haben wir jetzt schon insgesamt 14,3 unbesetzte Stellen in der Zentralen Verwaltung, Stand August 2017. Der Antrag und das Postulat sind problemlos umsetzbar,

ohne eine einzige Entlassung und sogar mit gleichzeitigem Weiterausschöpfen des Stellenplans.

Felix Moser (Grüne): Die Minderheit kann mit dem Antrag nicht viel anfangen. Wir finden, der Sparantrag ist beim Personal am falschen Ort. Zuerst einmal ist nicht klar, wo die Stellen genau gestrichen werden sollen. Im Postulat steht Zentrale Verwaltung sowie Stabstellen der Dienstabteilungen, im Budgetantrag heisst es wieder in der Zentralen Verwaltung. Das entspricht sich nicht ganz. Wenn Stellen gestrichen werden, müssen auch Leistungen abgebaut werden. Das können wir so nicht unterstützen. Man hat das Beispiel der Finanzverwaltung erwähnt, in der zwei neue Stellen für das Beschaffungswesen geschaffen wurden. Man erhofft sich von diesen Stellen gewisse Einsparungen in der Beschaffung, die Stellen sind also durchaus sinnvoll. Wenn diese kompensiert werden, ignoriert man, dass genau im Finanzdepartement in den letzten Jahren Stellen gestrichen wurden. Man kann hier nicht kompensieren, wenn ein Departement in einem Jahr Stellen kürzt und im nächsten Jahr eine Stelle mehr benötigt wird. Manchmal ist es wichtiger, dass man schaut, um was es geht und nicht pauschal zehn Stellen kürzt. Es sind nicht so viele neue Stellen geplant. Weil man eine solche Forderung nicht mit einem Leistungsabbau verknüpfen will, sondern einfach pauschal zehn oder zwanzig Stellen streicht, unterstützen wir das nicht und werden mit dem Stadtrat stimmen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: Der Stadtrat lehnt das Postulat dezidiert ab. Das Wachstum in der engeren Verwaltung liegt in punkto Stellen sicher nicht über dem Bevölkerungswachstum. Nach unserer Zusammenstellung, wenn man die Betriebe ausklammert, ist es mehr als moderat. Vom Budget 17 zum Budget 18 sind es 24 Stellen, von 10 957 auf 10 971. Da kann man nicht von einem ständigen Wachstum reden. 2015 waren es sogar noch 11 015 Stellen. Die engere Verwaltung wächst absolut unterdurchschnittlich und sie fängt in dieser Phase auch das tatsächliche Wachstum mit dem Personal auf. Man hat das Volumen einer mittelgrossen Schweizer Stadt aufgefangen, durch die zusätzlichen Steuerzahler, privat wie juristisch, ohne dass man zusätzlich Stellen benötigt. Aber es gibt auch neue Herausforderungen, neue Aufgabenstellungen, die gestemmt werden müssen. Dazu braucht es ab und zu neue Leute, erwähnt wurde das Beschaffungswesen. Hier gibt es neue Ansprüche, man muss mögliche Schäden abwehren und die Qualität sicherstellen. Es geht nicht darum, bei anderen Dienstabteilungen Stellen zu sparen, sondern schlicht Ansprüche gewährleisten zu können. Die Forderung zehn Stellen zu sparen, ist von der Stossrichtung her komplett falsch. Die Leute sind zum Teil wirklich maximal gefordert, in der jetzigen Jahreszeit, aber auch mit der weiteren Welle von Rechnungsabschlüssen und Geschäftsberichten. Alle Anliegen und Anfragen werden von diesen Mitarbeitenden behandelt. Genau die Mitarbeitenden also, die man einsparen will. Man trägt also selber zum enormen Aufwand in der Zentralen Verwaltung der Departemente und Dienstabteilungen bei. Deshalb bitte ich klar darum, den Vorstoss abzulehnen.

Weitere Wortmeldungen:

Michael Baumer (FDP): Wir sind völlig zufällig auf die zehn Stellen gekommen und nicht zufällig darauf, wo wir diese einsparen müssten. Die FDP hat insgesamt für zehn Stellen konkrete Anträge zu einzelnen Dienstabteilungen gestellt. Darunter fällt das Beschaffungswesen mit zwei Stellen, die Liegenschaftsverwaltung mit 1,8 Stellen oder Employer Branding mit 0,5 Stellen. Wenn wir dies konkret auf die einzelnen Dienstabteilungen verteilen, haben wir nicht die nötige Flexibilität, so dass der Stadtrat auch Stellen verschieben kann. Deshalb haben wir, zusammen mit der GLP, die Lösung eines Pauschalantrags bevorzugt, weshalb wir die FDP-Anträge über die zehn Stellen zurückgezogen haben. Doch wir haben trotzdem konkret gesagt welche gemeint sind.

Walter Angst (AL): Wir sind gespalten. Es sind nicht alle Anträge zurückgezogen worden, denn es sind Anträge dabei, bei denen auch wieder solche Einzelstellen gestrichen werden. Es sind nicht zehn Stellen, die man in der zweiten Jahreshälfte reduzieren will. In der Zentralen Verwaltung gibt es insgesamt nur etwa 250 Stellen. Wie man die anderen 800 oder 1000 Stellen findet, die auch Stabsstellen sind, ist mir unklar. Besonders dann, wenn man von der Fluktuation auf die zehn Stellen kommt. Die Frage des Beschaffungswesens und die Diskussion um die Liegenschaftsverwaltung muss man sehr differenziert anschauen. Doch in der Zentralen Verwaltung des Präsidialdepartements gibt es beispielsweise zwei Stellen, die nur Schiebebahnhöfe sind. An anderen Orten ist dies auch der Fall. Wir hegen Sympathie für das Anliegen, glauben aber nicht, dass man diesem mit einem Budgetantrag gerecht wird. Mit einem Auftrag könnte man allenfalls noch eher leben. Der Auftrag an den Stadtrat wäre mehr im Sinne eine Reorganisation, dass man die Stabsabteilungen fokussiert und zentralisiert, was aber ein längerfristiger Prozess ist. Wir unterstützen den Antrag nicht und sind auch beim Postulat nicht dabei.

Dorothea Frei (SP): Wir wollen Leistungen für die Stadtbevölkerung, dabei bleiben wir und sind gegen den massiven Stellenabbau. Das Postulat unterstützen wir aber, weil die Stellen an der Front in direktem Kontakt mit den Kunden und mit der Bevölkerung stehen. Wir haben ungefähr 700 Stabsstellen, 10 % davon sind Kommunikationsstellen. Das Departement der Industriellen Betriebe (DIB) zählt etwa sechzehn davon. Ein leichter Abbau in diesem Bereich ist durchaus denkbar, weshalb wir das Postulat unterstützen.

Shaibal Roy (GLP): Es gibt eine eindeutige Forderung des Postulats und wir reden von Verwaltungs- und Stabsstellen. Für den Stadtrat ist es ein eindeutiger Auftrag, über das eigene Gärtchen hinauszudenken. Somit erteilen wir gleichzeitig auch ein grosses Mass an Flexibilität in der Umsetzung des Postulats. Wir haben in guter Zusammenarbeit mit den anderen Parteien erreichen können, dass man spezifische Anträge zurückgezogen hat. Wäre es dem Stadtrat lieber gewesen, wenn wir punktuell spezifische Anträge gemacht hätten? Man hätte dort abbauen müssen, obwohl es keinen Sinn gemacht hätte. Oder ist es nicht opportuner, wenn man flexibel ist? Dann kann man sich als Stadtrat darüber Gedanken machen, wo man Verwaltungsstellen zentralisieren und wo man Effizienzen über die Departemente hinaus schaffen kann. Wir haben dem Stadtrat diese Flexibilität gewährt und gleichzeitig einen eindeutigen Auftrag formuliert, auf den Verwaltungsstellen und auf den Stabsstellen entsprechend abzubauen. Wir wollen nicht

4 / 5

nur ein Postulat mit einer Forderung, das man irgendwann einmal umsetzen kann. Wir wollen konkret, dass es jetzt passiert.

Stefan Urech (SVP): Die SVP macht beim Antrag mit. Das Postulat ist ein knallhartes Weichspülerpostulat. Der Stadtrat soll prüfen, ob er 2018 von 23 000 städtischen Angestellten auf zehn verzichten kann, obwohl er zwei Jahre dazu Zeit hat. Wenn die SP beim Stellenstreichen mitmacht, weiss man, dass es ein Weichspülerantrag ist. Das Papier wird im runden Ordner landen. Aber wir unterstützen es, weil wir der Hoffnung sind, dass man im nächsten Jahr vielleicht eine grössere Zahl beantragt.

S. --	10 1060 3010 0803	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Gesamtverwaltung Pauschalabzug für Stellenreduktion in den Zentralen Verwaltungen und bei Stabsstellen in den Dienstabteilungen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
010.	Antrag Stadtrat		1 000 000		0 Minderheit -1 000 000 Mehrheit	Felix Moser (Grüne) Referent Shaibal Roy (GLP) Referent, Vizepräsident Michael Baumer (FDP), Dorothea Frei (SP), Alan David Sangines (SP), Peter Schick (SVP), Christian Traber (CVP), Raphaël Tschanz (FDP), Stefan Urech (SVP), Florian Utz (SP) Enthaltung Präsident Walter Angst (AL)
			Begründung: Kein weiterer Aufbau von Personal in der Zentralen Verwaltung			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 98 gegen 23 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

3596. 2017/424

Postulat der GLP-Fraktion vom 29.11.2017:

Abbau von 10 Stellenwerten in den zentralen Verwaltungen und den Stabsstellen der Dienstabteilungen

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Postulats zur Prüfung ab.

Shaibal Roy (GLP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3532/2017).

Namens des Stadtrats nimmt Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

5 / 5

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2017/311, Beschluss-Nr. 3589/2017, Antrag Nr. 010.

Das Postulat wird mit 100 gegen 23 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat